

Horloffthalbahn

GILL 180811

Grüne: »Ein Sieg der Beharrlichkeit«

Hungen/Wölfersheim (pm): Die Wölfersheimer und Hungener Grünen sehen den jahrelangen Einsatz für die Reaktivierung der Bahnstrecke nach Hungen belohnt. Das ist einer Pressemitteilung zu entnehmen. Das Land Hessen habe grünes Licht gegeben und den Kreisen Gießen und Wetterau sowie den Kommunen Hungen und Wölfersheim die Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Wölfersheim und Hungen empfohlen. »Damit erreichen wir unser über 15 Jahre verfolgtes Ziel«, schreiben die Vorsitzenden beider Parlamentsfraktionen, Michael Rückl und Wolfgang Macht. »Wir haben für den Erhalt der Bahnstrecke gekämpft, uns der Stilllegung widersetzt und dann beharrlich für die Wiederinbetriebnahme gestritten. Es ist der Sieg all derer, allen voran der Akteure der AG Horloffthalbahn, die immer daran geglaubt und nie in ihren Aktivitäten nachgelassen haben.«

Michael Rückl: »Als ich im März 2003 das erste Mal im Aufsichtsrat der damaligen Wetterauer Verkehrsgesellschaft saß, wurde gegen meine Stimme der Stilllegungsbeschluss gefasst. Zusammen mit den Aktiven der AG Horloffthalbahn haben wir uns sogleich ans Projekt Reaktivierung gemacht. Dabei war die fachliche Unterstützung durch die Mitglieder des Fahrgastverbandes ProBahn & Bus entscheidend. Auf ihren Rat geht der rechtzeitige Kauf der Bahnstrecke durch die Kommunen zurück. Andernfalls hätte die Entwidmung und damit das endgültige Aus für eine Reaktivierung gedroht. Wichtiger Unterstützer war außerdem der damals einfache Gießener Landtagsabgeordnete und heutige hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Seiner Intervention ist zu verdanken, dass der Bau des Wölfersheimer Kreisel nicht gegen die Option zur Reaktivierung der Strecke ausgespielt wurde.«

Vereinbarungen gefordert

Wolfgang Macht: »Auf Initiative der Hungener Grünen erfolgte die Kontaktaufnahme der Stadt Hungen mit dem Verkehrsplanungsbüro Intraplan aus München zwecks Durchführung einer Nutzen-Kosten-Analyse der Reaktivierung. Sie sollte neben der Untersuchung möglicher Betriebskonzepte insbesondere auch die zu erschließenden Fahrgastpotenziale untersuchen. Anfang 2016 wurde dann von den beiden Kommunen, deren Bürgermeister Rainer Wengorsch und Rouven Kötter den Wert der Bahnstrecke für die Entwicklung der Region klar erkannt hatten, das Gutachten in Auftrag gegeben. Der RMV und der Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) finanzierten es schließlich mit. Das positive Ergebnis des Gutachtens, das neben attraktiven Fahrzeiten von Lich/Hungen nach Frankfurt auch die Durchbindung auf die Bahnverbindung Hungen-Gießen vorsieht, führte nun zur Empfehlung des Landes.«

Rückl und Macht: »Wir haben beharrlich an vielen Stellen mitgeholfen, die Weichen richtig zu stellen. Auf uns geht die Passage im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen im Land zurück, nach dem Initiativen zur Reaktivierung von Bahnstrecken unterstützt werden.«

Doch es sei noch einiges zu tun, schreiben die beiden Fraktionsvorsitzenden: »Erstens müssen ZOV, die beiden Landkreise und die Gemeindeparlamente nun rasch verbindliche Vereinbarungen zur schnellen Reaktivierung verabschieden. Hinzu kommt, dass ein attraktives Betriebskonzept entwickelt wird, das letztlich für den Erfolg der Reaktivierung entscheidend ist.«



Östlich des Baugebiets »Am kleinen Riedweg« in Inheiden sind 18 weitere Bauplätze geplant. Für die Erschließung müsste die OVAG-Straße erweitert werden. (Foto: us)

Kanal muss partiell erweitert werden

Bürgerversammlung in Inheiden zur Erweiterung des Baugebiets »Am kleinen Riedweg«

Hungen (us). Wenn schätzungsweise 80 Personen einen schönen Sommerabend aus freien Stücken nicht im Garten oder am See verbringen, sondern in der aufgeheizten Inheidener Mehrzweckhalle, dann muss es dafür einen triftigen Grund geben. Und den gab es am Donnerstag. Die umstrittene Erweiterung des Baugebiets »Am kleinen Riedweg« war Gegenstand einer Bürgerversammlung. Dass sie durch zusätzlich 18 Bauplätze

für Einfamilien- und Doppelhäuser Schwierigkeiten bei der Entwässerung befürchten und deshalb eine Erweiterung des Kanalsystems fordern, haben 460 Unterzeichner schon Anfang des Jahres mit einer Unterschriftensammlung zum Ausdruck gebracht. Auch in Sachen Verkehrsanbindung gibt es erhebliche Bedenken. »Wir nehmen das ernst«, sagt Bürgermeister Rainer Wengorsch. In der Bürgerversammlung versuchte er gemeinsam mit Vertretern der beteiligten Planungsbüros, den Inheidenern ihre Sorgen zu nehmen.

men. In Spitzenzeiten sei zum Beispiel in der Stefan-Kuhn-Straße alle drei Minuten mit einem zusätzlichen Fahrzeug zu rechnen. Ott: »Das merken Sie gar nicht.«

Mit zahlreichen Detailfragen sah sich Dieter Reifschneider vom Ingenieurbüro Müller konfrontiert. Er schilderte, dass die Kanalisation insbesondere im Bereich Berliner Straße/Holzbrückenweg erweitert werden muss. Mit der Beseitigung dieses Nadelöhrs und einer Entlastung im Bereich Beune sollten schon wesentliche Probleme behoben sein. Andere neuralgische Punkte müsse man sich gesondert anschauen. »Ich nehme das gerne auf, dafür ist der heutige Abend ja da.«

Für Starkregenereignisse wie im vergangenen Mai allerdings sei die Kanalisation nicht gerüstet. Das Netz sei lediglich für zweijährige Regenereignisse ausgelegt. Deshalb legte der Experte allen Hausbesitzern eine Rückstausicherung ans Herz. Eine Befürchtung konnte Reifschneider den Inheidenern in jedem Fall nehmen: dass die 18 geplanten Bauplätze erst ein Anfang sind und im Norden und Osten des Stadtteils weitergebaut werden soll. Dafür würde die Kanalisation definitiv nicht reichen. »Die Entwässerung setzt dem Wachstum Grenzen.«

Andere Bedenken versuchte der Bürgermeister zu zerstreuen. Erstens: Die Kanalisation soll vor oder parallel zur neuen Bebauung erweitert werden. Beginnen werde man in der Berliner Straße, die zudem grundlegend erneuert werden soll. Und zweitens: Die Erschließungskosten würden ausschließlich auf die Käufer der neuen Bauplätze umgelegt, versicherte er. »Das hätten wir aber gerne schriftlich«, schallte ihm aus der Versammlung entgegen. Es werde zu einem späteren Zeitpunkt gewiss eine Mitteilung geben, sagte Wengorsch. »Haben Sie erst einmal ein wenig Vertrauen.«

Zwei Dinge wurden am Ende klar: Sollte die geplante Baugebietserweiterung tatsächlich kommen – beschlossen ist sie noch nicht – müssten die OVAG-Straße verbreitert und Engpässe in der Kanalisation behoben werden. Wie

„Haben Sie erst einmal ein wenig Vertrauen“

Rainer Wengorsch

Karsten Ott von IMB-Plan erläuterte, stellt die OVAG-Straße die einzig mögliche Zufahrt zu den neuen Bauplätzen dar. Bislang ist sie eher ein befestigter Feldweg. Eine Verbreiterung auf mindestens fünf Meter sei notwendig, sagte der Verkehrsplaner. Privatgrundstücke müssten dafür nicht in Anspruch genommen werden, ergänzte der Bürgermeister. Der städtische Grünstreifen reiche aus. Nur für einen Gehweg wird kein Platz mehr sein. Fußgänger, Radler und Autofahrer müssen sich die Fahrbahn teilen. Aber bei hochgerechnet 200 zusätzlichen Fahrten pro Tag sieht Ott da kein Problem. Von den Zuhörern kam der Hinweis, dass die Verkehrsbelastung in den Sommermonaten, wenn viele Menschen zum See wollen, erheblich steigt. Die Anregung, den Verkehr in dieser Zeit anders zu lenken, hält Wengorsch für überlegenswert. »Ich weiß, dass das eine hohe Belastung ist.« Für die innerörtlichen Zufahrtsstraßen ins neue Baugebiet, die Stefan-Kuhn-Straße und die Ludwigstraße, hat der Verkehrsplaner keine Bedenken. Die könnten den zusätzlichen Verkehr problemlos aufnehmen.

Kommentar



Eine Chance

Von Ulla Sommerlad

Kein Bäcker, kein Metzger, kein Kindergarten, keine Schule: Dieses Schicksal hat schon viele Dörfer ereilt. Inheiden ist da noch vergleichsweise gut dran. Die geplanten neuen Bauplätze bieten die Chance, dass die vorhandene Infrastruktur in Zukunft weiter Bestand hat. Insofern können die Inheidener sich glücklich schätzen, dass der aktuelle Bauboom auch bei ihnen ankommt. Klar: Straßen und Kanalisation müssen die zusätzlichen Einwohner verkraften können. Dass die Verantwortlichen bei der Stadt und in den Planungsbüros Probleme bei der Entwässerung auf dem Schirm haben und um deren Lösung bemüht sind, ist bei der Bürgerversammlung deutlich geworden. Und was die innerörtliche Verkehrsbelastung angeht, so können die Inheidener selbst viel zur Verbesserung beitragen. Wie? Indem sie zum Bäcker, zum Metzger und zur nächsten Bürgerversammlung nicht mit dem Auto kommen, sondern mit dem Rad oder zu Fuß.